

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 64 (1985)
Heft: 11

Artikel: Die NATO : ein historischer Rückblick : ein Kind des kalten Krieges
Autor: Ismail-Mahn, Christina
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340285>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Kind des kalten Krieges

Von Christina Ismail-Mahn, Bonn

Wie es die Geschichtsschreibung sieht, brachte das Frühjahr des Jahres 1947 die offene Konfrontation zwischen dem Kommunismus und der freien Welt; die heilige Allianz zwischen Kapitalismus und Kommunismus gegen den Faschismus war ja mit dem Kriegsende 1945 zu einem Ende gekommen. Amerikas Präsident Harry S. Truman machte im März 1947 seine politischen Ideen bekannt. Er reagierte auf das Anwachsen des Kommunismus in Europa mit einem Konzept, das sofort den Namen «Truman-Doktrin» bekam. Die expansionistische Politik der UdSSR sollte eingedämmt werden. Truman verpflichtete sein Land, allen jenen Staaten militärische und wirtschaftliche Hilfe zu geben, die sich von kommunistischer Aggression und Subversion bedroht fühlten. Ursprünglich waren Griechenland und die Türkei der geographische Rahmen für die Truman-Doktrin, also die beiden Staaten, die ab Februar 1952 die geopolitische Südostflanke der NATO bilden sollten.

Auch der Slogan vom «kalten Krieg» geht auf das Frühjahr 1947 zurück. Er stammt vom amerikanischen Politiker und Bankier Bernard M. Baruch, der mit dem «kalten Krieg» einen Ausdruck prägte, der den Konflikt zwischen den Supermächten beschreiben sollte, den Baruch als «tiefgreifend» bezeichnete, während er gleichzeitig anerkannte, dass die «Gefechte» stets vor «eentlichen» heißen Kriegshandlungen zum Stillstand kamen.

Ebenso im Frühjahr 1947 fing Aussenminister George C. Mar-

shall an, seine Ideen für ein Nachkriegseuropa in ein politisches Konzept zu verwandeln. Sentimentale Interpretationen in Schulbüchern diesseits und jenseits des Atlantiks sagen, es sei der «gute Wille» Amerikas gewesen, der den Marshall-Plan, wie man das europäische Wiederaufbauprogramm nennt, ermöglichte. Das ist richtig. Doch mehr und mehr Amerikaner sind bereit, zuzugeben, dass die eigentlichen Väter des Programmes die Angstgefühle vor dem Kommunismus allgemein und vor dem «Teufel» Stalin speziell gewesen seien.

Nimmt man diese nachträglich analysierende Ehrlichkeit zur Grundlage einer rückblickenden Betrachtung, so kann man sagen, der Marshall-Plan sei das erfolgreichste antikommunistische Konzept amerikanischer Aussenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen. Als politische Ideologie war der Plan eine Art von nationaler amerikanischer Versicherung gegen Katastrophen. Die vorherrschende Sorge globaler Erwägungen in der US-Politik war die internationale Wirtschaftslage. Somit machte das Wiederaufbau-Programm den Erhalt und die Entwicklung der internationalen Wirtschaft zu einem Hauptziel der amerikanischen Regierung. Als ein ideologisches Konzept wurde der Marshall-Plan zu einem länger anhaltenden Stimulans, als es Kredite und Hilfsleistungen hätten sein können. Denn als sein Endziel sollte das Programm Westeuropas politische und militärische Macht wiederherstellen.

Um eine Idee davon zu bekommen, wie Amerikaner 1947 aus Europa über Europa berichteten, soll der allseits geachtete Theodore H. White zitiert werden, der kürzlich unter dem Titel «In Search of History» sein Leben als Auslandskorrespondent beschrieben hat. Sicherlich gegen seinen Willen gibt White denen eine Menge an Argumenten, die in Europa von Anfang an den Marshall-Plan als ein Instrument des amerikanischen Imperialismus abtun wollten.

Es begann mit Geld

«Die Geschichte des Marshall-Planes begann, wie sich herausstellte, mit der *Bedeutung* von *Geld*. Sie war auch über *Geld* und Europa und *Geld* und den *Frieden* – aber vor allem über *Geld* und *Macht* und Amerika.» White schreibt im Englischen die Worte, die hier kursiv geschrieben sind, mit grossen Anfangsbuchstaben, um seiner Überzeugung Nachdruck zu verleihen. «Wir standen über der Welt wie ein Koloss, nur von den Russen herausgefordert. Ich wusste, dass der Marshall-Plan ein Abenteuer in der Ausübung amerikanischer Macht war. Ich wusste, dass die Russen Landtruppen hatten und wir die Atombombe besaßen. Doch unser Anstoss, in Westeuropa Loyalitäten einzusammeln, war Geld.» Soviel Th. White.

Die Europäer fingen an, ihren Erdteil wiederaufzubauen. Auf dem Doppelkontinent Amerika wurde am 30. April 1948 mit der Organisation Amerikanischer Staaten OAS das erste Nachkriegsbündnis gegründet,

das militärischen Anstrich besass und somit als Kind des kalten Krieges gelten kann. In der Zwischenzeit wurde der Marshall-Plan zum ersten formellen Schritt der Spaltung Europas. Der Kontinent wurde in den Ost-West-Konflikt einbezogen. An der Elbe standen sowjetische Truppen, deren Einfluss es «einzudämmen» galt. Und am 11. Juni 1948 nahm der amerikanische Senat die sogenannte Vandenberg-Resolution an. Das bedeutete, Amerika machte von dem in der Satzung der Vereinten Nationen verankerten Recht zu regionalen Abmachungen und zu kollektiver Selbstverteidigung Gebrauch. Die Vandenberg-Resolution kann als Stunde der Konzeption der NATO gelten.

Die *ENCYCLOPEDIA AMERICANA*, ein Lexikon, das man in jeder amerikanischen Kleinstadtbücherei finden kann, gibt einen eigenartigen Satz als Einführung zu einem Artikel über die NATO, der in einem allgemein Lexikon-Essay über Europa zu finden ist. «Die meisten europäischen Regierungen waren sich dessen bewusst, dass die Annahme von Geldern aus dem Marshall-Plan eine Mitgliedschaft in einem amerikanischen Militärbündnis zur Bedingung hatte, das in einen kalten Krieg mit der Sowjetunion verwickelt war.» Dies ist ein anderer Beweis dafür, in welche Bahnen der zitierte «gute Wille» des amerikanischen Volkes gelenkt wurde. Eine der ersten Amtstaten des 1963 ermordeten US-Präsidenten John F. Kennedy war es gewesen, 1961 eine Senatsuntersuchung zum Komplex der amerikanischen Auslandshilfen einzuleiten. Diesermassen «durchleuchtet», ergab der Marshall-Plan eine eigentlich recht merkwürdige Bilanz. Von den zuletzt ausgegebenen 54 Milliarden Dollar wanderten 37 – also

mehr als ein Drittel – direkt in den Aufbau der NATO.

Allianz aus Furcht

Richard M. Nixon, den kein normal denkender Mensch politisch links einordnen kann, liebt es noch heute, den ehemaligen britischen Premier Harold MacMillan zu zitieren, der einst im Zusammenhang mit der NATO feststellte, Allianzen würden von Furcht zusammengehalten und niemals von Liebe. So gesehen musste der Bonner Staat NATO-Mitglied werden. Denn, so argumentierte man in den USA, eine Kette sei niemals stärker als ihr schwächstes Glied. Und das war die Bundesrepublik Deutschland, die in strategisch wichtigster Lage ein verteidigungspolitisches Vakuum bildete.

In Bonn regierte, mit nur einer Stimme zum Kanzler gewählt, Konrad Adenauer. Er hatte seine stolze Bemerkung von 1946, er sei froh, niemals in seinem Leben Soldat gewesen zu sein, längst wie eine politische Sünde in einem Beichtstuhl abgelegt. Der Sozialdemokrat Kurt Schumacher wollte ein wiedervereinigtes Deutschland in einem integrierten Europa sehen, bevor er über eine Wiederbewaffnung der Deutschen nachdenken könnte...

George C. Marshall hatte 1950 das Aussenministerium verlassen, um Chef des Verteidigungsamtes zu werden. Sein Problem war auch, wie man Japan, das ähnlich Deutschland «dauerhaft» entmilitarisiert worden war, verteidigen sollte. Zudem hatte die Sowjetunion am 23. September 1949 mit der erfolgreichen Detonation ihre erste atomare Bombe gezündet.

Frankreich war dagegen

Der grösste Gegner eines bundesdeutschen NATO-Beitrittes

war Frankreich, das sich verständlicherweise vor einem Wiederaufleben des deutschen Militarismus fürchtete. Im Februar 1952 formulierte der NATO-Rat eine Politik, deren Ziel eine westdeutsche Armee war, die zu einem Bestandteil des nordatlantischen Verteidigungssystems werden sollte. Diese Formel genannte Planung wurde zur Grundlage der europäischen Verteidigungsgemeinschaft, der Belgien, Frankreich, die Bundesrepublik, Italien, Luxemburg und die Niederlande im Mai 1952 beitraten. Der Verteidigungspakt sah eine Armee von 43 Divisionen vor, die unter dem Oberbefehl des Hauptquartiers des Oberkommandierenden im Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte in Europa, SHAPE, stehen sollten. Die französische Nationalversammlung weigerte sich jedoch 1954, den Vertrag zu ratifizieren. Es war aber vertraglich vereinbart, dass jeder Beitritt vom jeweiligen Länderparlament zu ratifizieren sei. Somit musste NATO-Mutter Amerika andere Wege finden, um den Bonner Staat ins westliche Verteidigungsbündnis aufnehmen zu können. Die neue Formel wurde mit dem Konzept der Westeuropäischen Union geschaffen. Die WU ermöglichte der Bundesrepublik schliesslich den NATO-Beitritt unter der Bedingung, dass die westdeutschen Streitkräfte unter dem Oberbefehl der NATO zu stehen hätten. Der kalte Krieg wurde somit im Mai 1955 um einige Grade frostiger.

Gegenstück SEATO

Auf der anderen Seite des Erdballes hatte im September 1954 das dritte Bündniskind des kalten Krieges das Licht der Pakt-Politik erblickt. Etwas weniger als zwei Monate, nachdem die Genfer Verträge den Weg für einen französischen Rückzug

aus Indochina geebnet hatten, taten sich Australien, Thailand, Frankreich, Grossbritannien, Neuseeland, die Philippinen, Pakistan und die USA zusammen, um die Südostasiatische Verteidigungsorganisation SEATO zu gründen, die eine gemeinsame Verteidigung und wirtschaftliche Zusammenarbeit in Südostasien und im Südpazifik garantieren sollte. Im Gegensatz zu den Verpflichtungen innerhalb der NATO fehlte in der SEATO das Muss, sich im Angriffsfalle gegenseitig zu Hilfe zu kommen. Frankreich verliess den Pakt 1967, Pakistan folgte 1972. Im gegenseitigen Einverständnis wurde das Bündnis 1977 aufgelöst. Fazit: Vietnam wurde kommunistisch, wenn es auch – anders und etwas ketzerisch gesehen – völkerrechtlich eine Wiedervereinigung von Nord- und Süd-vietnam gegeben hat. Pakistan verlor seinen Osten, der als Bangladesch ein eigenständiger Staat ist. Und die Dritte Welt hat nach den Worten des 1984 verstorbenen indonesischen Politikers Adam Malik durch die amerikanische Niederlage in Vietnam begriffen, dass amerikanische Garantien «nichts wert» sind.

Unbegrenzte Intervention

Als Dwight D. Eisenhower, den man kaum einen militärischen oder gar strategischen Laien nennen darf, 1961 seine letzte Rede als Präsident hielt, drängte er seine Landsleute, auf «der ständigen Hut zu sein vor unerwünschten Einflüssen», die er den «militärisch-industriellen Komplex der Vereinigten Staaten» nannte. Am 16. Juli 1967 schrieb der amerikanische Historiker Henry Steele Commager in der New York Times Book Review: «Wir haben nunmehr militärische Einrichtungen in rund dreissig Ländern, eine in doppelt so vielen Län-

dern arbeitende CIA . . . *Wir sind schneller von begrenzter Isolation zur unbegrenzten Intervention übergegangen als irgendeine andere Nation der Geschichte, und dazu auch begieriger.* Wir sind heute die führende imperialistische Macht der Welt, die führende Militärmacht, die führende interventionistische Macht mit Verpflichtungen, die sogar weitreichender sind als unsere eigentlichen Engagements.»

Das Bülow-Papier

Das «Papier» des sozialdemokratischen Politikers Andreas von Bülow zur strategischen und verteidigungspolitischen Zukunft der Bundesrepublik war als Denkansatz in Bonn lange fällig. Man kann es überfällig nennen; denn eine der Sicherung des Friedens verpflichtete Linke hätte eigentlich bereits zu dem Zeitpunkt laut denken sollen, als amerikanische Militärs zuzugeben anfangen, Deutschland könne in einem nuklearen Krieg mit dem Osten nicht verteidigt werden. In der Fragestunde des Deutschen Bundestages, welche von der Regierungskoalition unter Kanzler Helmut Kohl zum Bülow-Papier verlangt worden war, zeigte sich, dass der Bonner Staat in «gelebter Demokratie» zu den Entwicklungsländern in Sachen Demokratie gehört. Die von den Unionsparteien gewählte Diktion erinnerte in geradezu erschütternder Weise an die Ermächtigungsgesetzdebatte von 1933. Sie machte auch klar, dass sich die Union irgendwie als Gralshüter amerikanischer Interessen fühlt – oder gar die Bundesrepublik als x-ten Bundesstaat der Vereinigten Staaten von Amerika betrachtet.

Mit einem Ronald Reagan am atomaren Druckknopf scheint den Politikern Kohl und Strauss ein Mann namens Ni-

xon nicht mehr konservativ und reaktionär genug zu sein. Denn der analysierte 1980 in seinem Buch «The Real War»: «Vor dreissig Jahren hat die Angst vor der Sowjetunion die NATO geschaffen, die überwältigende amerikanische Überlegenheit in strategischen Nuklearwaffen und alliiertes Fingerspitzengefühl zusammenhielt. Heute existiert diese Überlegenheit nicht mehr. Und ironischerweise ist die Furcht vor einem sowjetischen Angriff geringer als zu der Zeit, in der die NATO gegründet wurde.» Unter den Gründen, warum das so ist, nennt Richard Nixon die Ostpolitik von Willy Brandt, die durch ihr Anerkennen der territorialen Teilung Deutschlands die «russischen Wünsche verkleinert zu haben scheint, im zentralen Bereich der NATO Druck auszuüben».

Jetzt, dreissig Jahre nach dem Bonner NATO-Beitritt, ist es angebracht, wenn deutsche Politiker darüber nachzudenken beginnen, ob man in sprichwörtlicher Nibelungentreue die Strasse der Allianz überhaupt noch weitertrotten kann. US-Politik ist die Verfolgungen nationaler Interessen. Von Truman an hat bislang jeder US-Präsident gesagt, es gebe auf der Welt keine Ecke, die entfernt genug liege, um nicht von nationalem und strategischem Interesse für die Vereinigten Staaten zu sein. Derartige Interessen brauchen ja nicht notwendigerweise mit denen Bonns parallel zu laufen. Bereits vor dem Brüsseler Nachrüstungsbeschluss der NATO hatte – laut damaligem Kanzler Helmut Schmidt – die Bundesrepublik mehr an atomaren Sprengköpfen im Boden als Amerika und Kanada zusammen. Man vergleiche die Staatsgrösse der BRD mit den Massen des Staates Texas. Man vergleiche ferner die Bevölkerungszahlen. «Bonn» hat nur ein Drittel der

Einwohnerzahl der USA. Hinzu kommt, dass man als deutscher Politiker Abrüstungssprache und ähnliches wohl kaum blindlings einem Präsi-

denten in Washington überlassen sollte, dessen Ostpolitik für ganze vier Jahre der Slogan war, man brauche zwei, um einen Tango tanzen zu können.

Von den verteidigungspolitischen Konzepten, die aus den Trickfilmateliers Hollywoods stammen, einmal ganz abgesehen.

Marxistische Perspektiven an der Schwelle zum 21. Jahrhundert

Wie weiter im Marxismus?

Von Wolfgang Fritz Haug, Berlin

«Alle Übergänge sind Krisen, und ist eine Krise nicht Krankheit? Wie ungern tritt man nach einer Krankheit vor den Spiegel! Die Besserung fühlt man, und man sieht nur die Wirkung des vergangenen Übels.» Goethe, Wilhelm Meisters Lehrjahre VIII.1

Die kapitalistische Weltwirtschaftskrise vom letzten Viertel des 20. Jahrhunderts, diese faktische Widerlegung der keynesianischen «Widerlegung» von Marx, fand die Marxisten in Theorie und Praxis schlecht vorbereitet. Gewohnte Formeln griffen nicht mehr. Allzuviel hatte sich unmerklich verändert und zeigte nun plötzlich ein neues Gesicht. Diese Krise hat den Übergang des Weltkapitalismus in eine neue Phase beschleunigt. Die Aggregation des Weltkapitals hat sich im Zusammenhang mit einer ruckartigen Revolutionierung der Produktivkräfte verändert. Der Vorgang kommt einer Mutation der Produktionsweise des Kapitals gleich. Trotz aller Verschiebungen in den globalen Kräfteverhältnissen sind die sozialistischen Ökonomien noch immer in den kapitalistischen Weltmarkt eingelassen, auch in diesem Sinne noch immer Zweite Welt. Die Entwicklungsmodelle der Dritten Welt stecken in der Krise. Etwa «Lateinamerika macht heute die ernsteste Krise seiner modernen Ge-

schichte durch.» (Aguilar 1985) Für Afrika gilt nichts anderes. Um zu versuchen, die Aufgaben der Entwicklung – und zum Teil geradezu der Erneuerung – abzuschätzen, die der Marxismus bewältigen muss, um seine Zukunft zu gewinnen, versuche ich im folgenden, einige der Veränderungen zu skizzieren und dagegenzuhalten, wie gut oder schlecht die marxistische Theorie darauf vorbereitet ist. Zugleich soll versucht werden, die Perspektiven abzufragen, die sich aus der weltweiten Verbreitung des Marxismus, seiner Globalisierung und Vervielfältigung, für seinen «Aggregatzustand» und für seine Dialektik von Universalität und Spezifiken ergeben. Es versteht sich, dass diese Skizzen nur allzu fragmentarisch und tastend bleiben müssen.

Die Krisennöte der Zeit verlangen gebieterisch die Weiterentwicklung des Marxismus in Theorie und Praxis. Freilich ist bei einer Massenbewegung – gerade bei einer vielgliedrigen, nicht autokratisch geführten – der Übergang nie ohne Krisen und Konflikte möglich. Eine Bewegung, die diesen Übergang nicht lernt, kann sich zerstören oder um Jahrzehnte zurückgeworfen werden. Das Schicksal der Spanischen Kommunistischen Partei und ihres ehemaligen Generalsekretärs Santiago Carillo, der einmal dem Euro-

marxismus wichtige Anstösse gegeben hat, zeigt die Folgen eines unbewältigten Übergangs vom «alten» zum «neuen» Marxismus. Freilich zeigen andere Parteien eher noch drastischer die Folgen des Nichtübergangs, auch wenn sie sozusagen geschlossen verfallen. Die Erneuerung grosser Kollektive erfordert eine eigene Politik, wenn sie nicht daran zerbrechen sollen. Einige Bedingungen einer solchen Politik seien im folgenden hervorgehoben, ohne dass aber die Frage der Politik der Selbstveränderung der Marxisten hier ausdrücklich weitergeführt werden kann.

I. Die Frage nach dem Kode der Krisen

Ungewisser waren die Aussichten nie. Mit den Produktivkräften sind die Destruktivkräfte erdumfassend geworden; sie greifen in den Weltraum und ins genetische Programm des Lebens ein. Das Bild der tickenden Zeitbomben geht um in den Leitartikeln: die Weltbevölkerung, das Ökosystem, die internationalen Kreditverhältnisse des Weltkapitalismus, die globale Kluft zwischen Arm und Reich – ebenso viele «Zeitbomben», überschattet von den unmetaphorischen Bomben, deren Steigerung im Ringen der beiden Supermächte, angetrieben durch das Streben der USA nach militärischem Übergewicht über die Sowjetunion,